

Allgemeiner Anzeiger

für das Volme- und Ennepe-Gebiet

Halverscher Allgemeiner Anzeiger
Schalksmühler General-Anzeiger

Ämtliches Publikationsorgan
Erscheinungsort: Halber i. Westf. / Ruf 442

Allgemeiner Anzeiger für das Amt
Kierspe / Breckerfelder Tageblatt

Bezeichnet wöchentlich / Monatlicher Bezugspreis durch die Post RM. 1.86 (einschließlich 30 Pfg. Postgebühr und 36 Pfg. Zustellgebühr) / Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Ausperrung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder teilweises Zurückzahlung des Bezugspreises / Anzeigenpreise: 1 mm hoch, 46 mm breit 8 Pfg., 2 mm hoch, 92 mm breit 30 Pfg. / Nachtrag nach besonderer Preisliste / Offertgebühren 60 Pfg. und Porto.

Geschäftsstellen: Schalksmühle: Herm. Biepenstock; Oberbrügge: Rob. Wasserfuh; Kierspe: Bahnhof: Fritz Becker; Kierspe: Fritz Schaefer; Rönshof: Walter Crone; Breckerfeld: Fr. Klett

Nr. 29

Samstag, den 3. Februar 1934

33. Jahrg.

Amerika wiederlegt Frankreich

Amerika über die Rüstungsfrage.

„Angemessener Ausbau der deutschen Landesverteidigung keine Aufrüstung.“

Die Ausführungen Adolf Hitlers in seiner großen Rede im Reichstag sowie die britische und italienische Stellungnahme zu den deutschen Forderungen auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage beginnen offenbar bereits ihre Wirkung auszuüben. In der bisherigen Starr ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber einem Ausbau der deutschen Rüstungen ist ein beachtlicher Umschwung zugunsten der deutschen Forderungen zu erkennen. Von zuständiger amerikanischer Stelle wurde einem deutschen Pressevertreter erklärt, daß die Vereinigten Staaten selbstverständlich keinerlei Interesse daran hätten, Deutschland wehrlos zu erhalten. Man würde nur eine Situation bedauern haben, die Frankreich zu dem Entschluß gebracht hätte, seine bereits so starke Rüstung noch weiter zu steigern. Sollte sich also eine Lösung finden lassen, die Deutschlands Wünsche auf einen angemessenen Ausbau seiner Landesverteidigung erfüllt und gleichzeitig Frankreich veranlaßt, seine Rüstungen nicht zu vergrößern, so würde das in Washington nicht als Aufrüstung Deutschlands aufgefaßt werden.

Da nicht einzusehen ist, und von Amerika wahrscheinlich auch nicht eingegeben wird, warum das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich seine Rüstungen noch weiter steigern sollte, falls Deutschland seine Rüstungen auf das für seine Sicherheit unumgänglich notwendige Maß erhöhen sollte, so bedeutet die amerikanische Äußerung zweifellos eine Anerkennung des deutschen Standpunktes. Frankreich wird allerdings wohl zunächst auch diesen deutschen Willen von jenseits des Ozeans nicht verstehen wollen und bei einer mäßigen Rüstung Deutschlands sofort wieder seine „Sicherheit“ gefährdet sehen und seine Rüstungen verstärken, aber diese richten sich dann tatsächlich gegen andere europäische Staaten, während die Opposition gegen Deutschlands Forderungen als kein militärischer, sondern als ein diplomatischer Schachzug gedacht ist, um die Hand nicht von der Gurgel Deutschlands zu lassen. Aber dieses hat bereits dank Adolf Hitlers Vorgehen soweit Luft bekommen, daß es sich nicht mehr als Werkzeug französischer Machtgier gebrauchen läßt. Wie die amerikanische Äußerung zeigt, hat man nicht nur in Europa, sondern auch außerhalb Frankreich in die Karten geguckt und ist anscheinend nicht gewillt, sein falsches Spiel sich weiter gefallen zu lassen.

Die Wahrheit bricht sich Bahn.

Anerkennung des deutschen Friedenswillens in USA.

Es bestätigt sich, daß die Haltung der amerikanischen Regierung zur Frage der Erhöhung des deutschen Rüstungsstandes wesentlich freundlicher geworden ist.

Man spricht deshalb hier nicht mehr von einer „Aufrüstung“ Deutschlands, sondern von „readjustment“ des bestehenden zu großen Unterschiedes zwischen dem Rüstungsstand Deutschlands und dem seiner Nachbarn. Wesentlich beigetragen zu dieser Sinnesänderung haben das deutsch-polnische Abkommen und insbesondere die letzte Rede des Reichskanzlers, die beide hier als untrügliche Beweise für den deutschen Friedenswillen angesehen werden. Einen Krieg in Europa hält man daher für vollkommen unwahrscheinlich.

Was die französische Denkschrift enthält.

Das neue französische Kabinett Daladier hat nunmehr auf die deutsche Denkschrift geantwortet, die an die Regierung Chautemps gerichtet war und in der Frage der militärischen Gleichberechtigung bestimmte Forderungen aufgestellt hatte.

Eingangs wird betont, daß auch die französische Regierung bereit sei, mit Deutschland Verhandlungen zu pflegen, in denen die Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern geregelt werden sollen. Auch französischerseits begrüßt man die von der deutschen Regierung in Angriff genommene Behandlung ganz bestimmter Gesichtspunkte bei der Abrüstungsfrage, begrüßt es fernerhin, daß die Reichsregierung mit allen Nachbarn

Nichtangriffspakte abschließen wolle;

zweckmäßigerweise, so schränkt die Pariser Regierung ihre Zustimmung ein, dürfe dabei nicht etwa der Locarno-Vertrag und andere ähnliche Abkommen geschmälert werden, „durch die Signatar-Staaten gleichzeitig gegen jede Bedrohung ihrer äußeren Unabhängigkeit und gegen jeden Versuch zur Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geschützt werden.“

Nun aber weiß die französische Regierung darauf hin, daß Deutschland auf dem Gebiet der Rüstungen ein Programm von Forderungen aufstellt, das den Grundsätzen direkt zuwiderläufe, die die Genfer Konferenz bisher mit deutscher Zustimmung anerkannt habe.

Deutschland wolle nämlich nicht nur seine ständige Truppenzahl auf 300.000 Mann erhöhen, sondern diese Zahl stelle bei weitem noch nicht die Gesamtzahl der Streitkräfte dar, über die Deutschland ohne jede Mobilmachungsmaßnahme verfügen könne. Außer den Polizeikräften, deren militärische Organisation in den früheren Konferenzarbeiten anerkannt sei, kämen auch noch

die militär-ähnlichen Organisationen

in Frage, deren Bestehen „ein unumgängliches militärisches Problem darstelle“. Die Angehörigen dieser Organisationen, so behauptet die französische Denkschrift, sei mindestens zum großen Teil durch Reichswehradress ausgebildet, so daß sie mindestens in der Handhabung der Kriegswerkzeuge erfahren und ständig zur Verformation, Kavallerieeinheiten und Pioniertruppenformationen, Kavallerieeinheiten und Pioniertruppen sowie deren Organisationen und räumliche Verteilung nach den Verhältnissen des alten Heeres.

Infolgedessen müßten diese Organisationen bei der Berechnung des Personalstandes für das Feldheer eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Weiter behauptet die französische Denkschrift, daß Deutschland

die Aufrüstung

sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht verlange. Die Deutschland zugesagte Gleichberechtigung setze aber in ihrer gerechten Verwirklichung eine vorherige Angleichung und Vereinheitlichung der Personalbestände voraus, und dazu bedürfe es an sich schon mehrerer Jahre. Schließlich fordert die französische Regierung eine Festlegung des Zeitpunktes,

von dem an die Kontrolle wirksam werden solle;

„die Einführung und Erprobung dieser Kontrolle unter Bedingungen vollständiger Gegenseitigkeit sind nun aber gerade die Voraussetzungen für eine loyale Durchführung des Abkommens, und nur so ist es möglich, die in Aussicht genommenen Rüstungsverminderungen in gegenseitiger Sicherheit zu bewerkstelligen.“

Die deutsche Antwort an Österreich. Regierung

Das österreichische amtliche Communiqué über die Sitzung des Ministerrats in Wien teilt mit, daß die Antwortnote der deutschen Reichsregierung den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung trage und sich damit begnüge, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde habe der Ministerrat die deutsche Antwortnote einseitig für unbefriedigend gefunden. Angesichts dieser Stellungnahme der österreichischen Regierung

hält es die deutsche Regierung für angebracht, die deutsche Antwort bekanntzugeben.

In der umfangreichen Antwortnote der deutschen Regierung wegen österreichischer Beschwerden heißt es u. a.: Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten als solchen, der unter die von der österreichischen Regierung geltend gemachten formalen Begriffe des Völkerrechts fiele, sondern um die Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit einer historischen Bewegung des ganzen deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus, der die Bevölkerung des Reiches mit elementarer Kraft ergriffen und der die deutsche Bevölkerung Österreichs schon seit langem in seinen Bann gezogen hat, wird von der österreichischen Regierung mit allen Mitteln der Gewalt in seiner legalen Entwicklung und freien Entfaltung gehindert. Es ist selbstverständlich, daß durch die politische Grenze zwischen dem Reich und Österreich das Gefühl völkischer und geistiger Verbundenheit nicht beseitigt und das übergreifende Volksweltbewegung Ideen nicht aufgehalten werden kann.

Es ist unvermeidlich, daß der schwere innerpolitische Konflikt in Österreich auch auf das Verhältnis des Reiches zu Österreich seine gefühlsmäßige Rückwirkung hat. Trotzdem hat die deutsche Regierung es auf das peinlichste vermieden, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs einzumischen. Sie hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß ihr jeder Gedanke an gewaltsame Einmischung oder irgendeine Verletzung vertraglicher Bindungen vollkommen fern liegt. Sie kann daher nur ihr lebhaftes Bestreben darüber äußern, daß die österreichische Regierung bei mehrfachen Anlässen die deutsche Regierung verdächtigt hat, als ob sie die Unabhängigkeit Österreichs bedrohe.

Bei dieser grundsätzlichen Einstellung der deutschen Regierung versteht es sich im Gegensatz zu der Darstellung der österreichischen Regierung ganz von selbst, daß die deutsche Regierung es nur begrüßen würde, wenn endlich eine Verständigung zwischen der österreichischen Regierung und der Nationalsozialistischen Partei in Österreich herbeigeführt werden könnte.

Daß die deutsche Regierung stets darauf Bedacht genommen hat, eine Verschärfung der Lage zu vermeiden,

Frankreich erklärt sich bereit, die Umstellung der deutschen Streitkräfte auf ein reines Verteidigungsheer mit kurzer Dienstzeit und beschränkter Truppenzahl durch eine Herabsetzung der eigenen Streitkräfte zu begleiten, soweit dies die zur Verteidigung des Mutterlandes notwendigen Armeereformationen angeht.

Des weiteren müsse eine Kontrolle eingeführt werden, die sich allseits auf die Personalstärke sowie auf die Herstellung oder Einfuhr von Kriegsmaterial erstreckt. Dann käme man in ein zweites Stadium zu einer allmählichen Abschaffung des über die qualitativen Grenzen hinausgehenden Kriegsmaterials und allmählich zu einer „Steigerung der Zuteilung des erlaubten Kriegsmaterials an die den Militärbestimmungen der Friedensverträge untergeordneten Staaten“. Darin stehe

die alte französische Forderung der „Probezeit“!

Die französische Regierung wolle aber die Deeresstärken, die Kaliber und die Tonnengehalte genau beziffern, und hinsichtlich der Aufrüstungen erklärt sich die französische Regierung bereit, zum Verbot des Bombenabwurfes, allerdings unter den im Juli 1932 festgelegten Bedingungen, und außerdem einverstanden mit einer allgemeinen Herabsetzung der Luftstreitkräfte, —

bei einer wirksamen Kontrolle der zivilen Luftfahrt.

Die französische Regierung polemisiert ferner gegen das Bestreben der deutschen Regierung, eine Aufrüstung für Deutschland herbeizuführen, kritisiert das Ausscheiden Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz, wünscht aber die Fortführung der diplomatischen Besprechungen mit Berlin und begrüßt es, daß Deutschland jede Streitfrage mit Frankreich gütlich regeln wolle.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die seinerzeit an den französischen Botschafter François-Poncet übergebene Denkschrift der deutschen Regierung am Sonnabend veröffentlicht werden. Der deutsche Standpunkt ist ja im übrigen bekannt: Wir fordern nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Aufhebung der moralischen für eine selbstbewußte Nation untragbaren Behandlung als Staat minderen Rechtes und Schaffung jener Möglichkeit zur Selbstverteidigung, wie sie für jeden Staat lebensnotwendig ist.

kann die österreichische Regierung z. B. aus der Zurhaltung ersähen, mit der von deutscher Seite der Zwischenfall Schumacher behandelt worden ist. Trotzdem hat die österreichische Regierung es bisher unterlassen, die zugesicherte gerichtliche Sühne herbeizuführen. Die deutsche Regierung muß darauf bestehen, daß ihr jetzt endlich die damals in Aussicht gestellte Mitteilung über die Verurteilung der Täter zugeht. Nach diesen Ausführungen möchte die Reichsregierung auf die einzelnen von der österreichischen Regierung erhobenen Beschwerden eingehen.

Die deutsche Regierung hat die von der österreichischen Regierung erneut aufgestellte Behauptung von angeblichen Plänen eines gewaltsamen Vorgehens

der sogenannten österreichischen Legion gegen österreichisches Gebiet schon mehrfach als unwarhaft zurückgewiesen. Die dem Auswärtigen Amt neuerlich — ohne Namensnennung — übermittelten Aussagen von österreichischen Staatsangehörigen, die der sogenannten österreichischen Legion angehört haben sollen, tragen deutlich den Stempel der Unglaubwürdigkeit.

Die deutsche Note geht dann auf die angebliche Sendung von Propaganda- und Sprengmaterial von Deutschland nach Österreich ein. Vorweg möchte sie nur auf die strengen Bestimmungen über den Verkehr und den Handel mit Sprengstoffen in Deutschland hinweisen, die es ausgeschlossen erscheinen lassen, daß Sprengstoffsendungen in größerem Umfang aus Deutschland nach Österreich stattgefunden haben können. Immerhin wäre es bei der Länge und der schwierigen Linienführung der deutsch-österreichischen Grenze vielleicht möglich, daß in einzelnen Fällen Schmuggeltransporte der Aufmerksamkeit der deutschen Grenzbeamten — wie nach der Darstellung der österreichischen Regierung offenbar auch der Aufmerksamkeit der österreichischen Grenzbeamten — doch entgangen wären. Völlig ausgeschlossen ist es aber, daß amtliche oder parteiamtliche deutsche Stellen irgendwie an einem derartigen Schmuggel beteiligt waren oder ihn auch nur begünstigt haben.

Zu der Beschwerde über die angebliche Verhewungskampagne der reichsdeutschen Presse gegen die österreichische Regierung muß bemerkt werden, daß in der Tat in einzelnen Fällen Angriffe auf die österreichische Regierung erfolgt sind, die jedoch lediglich

Antwort auf eine Unzahl höchst gehässiger Ausfälle der österreichischen Presse gegen das neue Deutschland darstellten. — Die Behauptung der österreichischen Regierung, daß im Deutschen Rundfunk eine Verhewungskampagne getrieben werde, ist nicht richtig. Die Vorträge des Rundfunks richten sich an die reichsdeutschen Hörer und unterrichten diese über die

Entwicklung in Österreich. Die Bestimmungen der internationalen Rundfunkverträge werden dabei in jeder Hinsicht eingehalten. Dagegen hat die deutsche Regierung trotz wiederholter Vorstellungen immer wieder festgestellt müssen, daß von österreichischer Seite der Rundfunk zu intensiver Propaganda gegen das neue Deutschland mißbraucht wird, wobei der amtliche Nachrichtendienst selbst vor üblen Verleumdungen nicht zurücksteht.

Die deutsche Antwort geht schließlich auf den „Kampfring der Deutsch-Österreicher im Reich“ und auf die Reise des Erbprinzen zu Walddorf und Pyrmont nach Wien ein, die von der österreichischen Regierung als Beweis einer Konspiration gegen die österreichische Regierung betrachtet wird. Die Zurückweisung der österreichischen Beschwerden wird durch genaues Material belegt.

Wachsendes Vertrauen.

Wirtschaft und Verdienste — Politische Entgiftung — Deutsches Währungsbeispiel.

Unrecht hat heutzutage immer nur der Schwächere! Als eine ganze Reihe von Staaten ihre Kriegsschulden raten an Amerika nicht mehr zahlte, obwohl man namentlich in Frankreich dazu durchaus imstande war und dadurch außerdem allerhand Verträge gebrochen wurden, hat lediglich Amerika einigem Anstand geschlagen, sich aber dann ohne Gegenmaßnahme in die Nichtzahlung der Schulden gefügt. Aber als Deutschland im vergangenen Juni erklärte, es sehe sich wegen des starken Rückgangs seiner Ausfuhr und des dadurch verursachten Hereinkommens ausländischer Zahlungsmittel (Devisen) nicht mehr imstande, die Zinszahlungen für seine im Ausland aufgenommenen lang- und mittelfristigen Anleihen in vollem Umfange zu „transferieren“, also den Auslandsgläubigern in ihrer einheimischen Währung zu überweisen, — da hat man im Ausland einen großen Standal gemacht! Die ursprüngliche Einzahlung dieses Transfers auf 50 Prozent ist dann auf 30 Prozent vergrößert worden und für den Rest erhalten die Auslandsgläubiger Reichsmark. „Scrips“, also Anweisungen auf die Konversionskasse der Reichsbank, wo die deutschen Anleihebesitzer ihre Zinsen in Reichsmark einzahlen. Über die Verwertung dieser „Scrips“ ist der Reichsbankpräsident mit der Schweiz und Holland zu Sondervereinbarungen zwecks Verwertung dieser Anweisungen für eine zusätzliche deutsche Ausfuhr gekommen, was Amerika und England zu „offiziellen Schritten“ bei der Reichsregierung veranlaßt! Jetzt ist die Reichsbank durch eine Konferenz auch mit diesen Gläubigern zu einer recht befriedigenden Vereinbarung gekommen. Es soll auf einer Besprechung mit allen Auslandsgläubigern langfristiger deutscher Anleihen ein „Generalzahlungsplan“ vereinbart werden, der ebenso auf die Entwicklung des deutschen Außenhandels wie auf die Rechte der Gläubiger Rücksicht nimmt, — eine Dauerregelung also, bei der und für die auch diese Gläubiger Opfer bringen werden und bringen wollen: Die Ungewißheit und Unsicherheit der gegenwärtigen Lage sollen beseitigt werden, ebenso übrigens wie dies bei der Zins- und Abzahlung der sogenannten „Stillhaltekreidite“, also der kurzfristigen deutschen Schulden an das Ausland schon längst durch einen solchen „Generalzahlungsplan“ endgültig geschehen ist.

Man weiß aus dem Geschäftsleben, daß der Abschluß solcher „Vergleichsverfahren“ nach unverschuldeten Zahlungsschwierigkeiten oft den Weg zu neuem Aufstiege freimacht und daß dann auch wieder die Kreditwürdigkeit eintritt, die in der Zeit der Unsicherheit und Ungewißheit über die Lebensfähigkeit des Unternehmens verlorengegangen. Nun, in dem „Wirtschaftsunternehmen“ Deutschland selbst ist, wie Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede mit Genugtuung feststellen konnte, sehr bald nach dem nationalsozialistischen Sieg ein starkes und rasch noch wachsendes „Vertrauen des Volkes in seine Führung und in die Stabilität einer gewissen Wirtschaft und Rechtsordnung und Sicherheit“, eingetreten und „das ganze Volk hat mitgeholfen“ an dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Es wäre auch in der Weltwirtschaft vieler besser bestellt, wenn dort die von politischen Spannungen ausgehende Ungewißheit und Unsicherheit beseitigt würde! Auch hierfür hat Adolf Hitler in seiner Rede einen durchaus originellen Gesichtspunkt geltend gemacht: In seiner einfachen Selbstverständlichkeit geradezu verblüffend wirkt: Jene schädlichen politischen Spannungen gehen zum großen Teil von dem Widerstand gegen die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung unter den Völkern aus; als die deutsche Regierung diese Forderung aufnahm, „war sie überzeugt, damit erst recht einen Beitrag zur Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu liefern; denn ohne eine vollständige Entgiftung der politischen Beziehungen der Völker zueinander, kann es auch wirtschaftlich zu keiner vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen.“ Sollten diese Worte Hitlers nicht gerade jenen Leuten im Ausland zu denken geben, die — an sich durchaus nicht zu Unrecht — oft und laut zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise nach einer „Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens“ rufen, aber sich dagegen sträuben, eine der stärksten Quellen des bestehenden Mißtrauens zu zerstören, nämlich die Ablehnung der deutschen Gleichberechtigung und Sicherheit! Von dieser politischen Entgiftung her führt der Weg zum Vertrauen und dann zu jener „Zusammenarbeit, die nötig sein wird, wenn man in den kommenden Jahren ernstlich daran gehen will, die großen Probleme zu meistern, die sich aus den Verlagerungen und Veränderungen auf den Absatzmärkten der Welt einerseits und dem gleichgebliebenen Exportzwang andererseits ergeben.“

Noch ein anderes, überaus schweres Hindernis für die Besserung jener weltwirtschaftlichen Beziehungen und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker ist nun durch die Stabilisierung des Dollars und, wie man auch wohl hinzufügen darf — der Pfund Sterling — Währung beseitigter worden. Dieser Entschluß des amerikanischen Präsidenten Roosevelt kam ebenso überraschend wie jener andere vom 21. April 1933, den Dollar vom Goldstandard abzurufen und ihn damit denselben Weg gehen zu lassen, den das Pfund Sterling am 21. September 1931 eingeschlagen hatte. Ihn zu gehen hat Deutschland immer abgelehnt und trotz großer, ja größter Opfer ist es auch gelungen, die deutsche Währung aus dem gefährlichen Strudel der Entwertung fernzuhalten, die sich schließlich geradezu zu einem Wettrennen zwischen Dollar und Pfund Sterling um die schlechtere Währung ausartete und eine unsagbare Ungewißheit und Unsicherheit in die Weltwirtschaft hineingebracht hat, übrigens auch den deutschen Export aufs schwerste schädigte. Wenn dem allem durch die Stabilisierung der beiden für die welt-

wirtschaftlichen Beziehungen wichtigsten Länder, Amerika und England, ein Ende bereitet wird, so muß auch dies zu einem Wiedererwachen und Anwachsen des allgemeinen Vertrauens auf die wirtschaftliche Besserung zu einer Entgiftung der weltwirtschaftlichen Beziehungen mitwirken und „einen Beitrag zu ihrer Gesundung liefern“.

Dollfuß „droht“ mit Genf.

Berlins Antwort „unbefriedigend“.

Das österreichische Kabinett scheut sich nicht, die bereits ausgesprochene Drohung, Deutschland in Genf zu verklagen, wahrzumachen. Es scheut sich nicht zum Schiedsrichter seine unberechtigten Anklagen gegen das deutsche Brüdervolk vor das Tribunal des Völkerbundes zu bringen, das heißt mit anderen Worten, Frankreich und seine Vasallen sollen zu Gericht sitzen in einer Angelegenheit, die eine reine Frage des Deutsch-tums ist.

Über die Stellungnahme des Kabinetts Dollfuß zu der deutschen Antwortnote auf den österreichischen Schritt vom 17. Januar wird folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

„Der Ministerrat mußte aus der Antwort der deutschen Reichsregierung mit Bedauern entnehmen, daß auch dieser Versuch der österreichischen Bundesregierung, den Konflikt unmittelbar zwischen den beiden deutschen Staaten zu bereinigen, bei der deutschen Reichsregierung kein Verständnis gefunden hat. Die Antwortnote der deutschen Reichsregierung trägt den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung und begnügt sich damit, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde hat der Ministerrat die deutsche Antwortnote

einseitig für unbefriedigend gefunden.

In dem zuversichtlichen Vertrauen auf das gute Recht und in einmütiger Entschlossenheit wird die Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Dollfuß nunmehr den Weg weitergehen, der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen ist.“

Das deutsche Angebot, die strittigen Fragen auf unmittelbarem Wege zu bereinigen und die von warmer Liebe zum österreichischen Brüdervolk getragenen Worte des Führers in seiner großen Reichstagsrede haben wohl beim österreichischen Volk, aber nicht bei Herrn Dollfuß Widerhall und Beifall gefunden. Vom österreichischen Volk wird wohl auch die erste Antwort auf das Vorgehen seines Kabinetts erfolgen.

500 statt 8000.

Ein Heimwehraufmarsch unterm Vergrößerungsplan.

Wie der österreichische Pressedienst auf Grund von Augenzeugenberichten über den Einzug der Tiroler Heimwehleute in Innsbruck meldet, sind in ganz Innsbruck nur etwa 500 Heimwehleute in geradezu jämmerlicher Kostümierung gezählt worden, während die amtlichen Berichte von einem Heimwehraufgebot in Stärke von 8000 (!) Mann sprechen.

Als die einzelnen Heimwehtrabteilungen in die Stadt einzogen, begrüßten vom Innsbrucker Stadtturm zwei riesige Raketenraketen, während ganze Salven von Kanonenschlägen die Stadt erdröhnen ließen. Die Heimwehleute wußten sich nicht anders zu helfen, als wahllos die üblichen Massenverhaftungen vorzunehmen. Insgesamt wurden über 160 Personen festgenommen.

Nach einer halbamtlichen Mitteilung wird ein außerordentlicher Ministerrat bereits in allernächster Zeit zusammengetreten, um den endgültigen Beschluß über die internationale Aktion Österreichs gegen Deutschland zu fassen.

Kurze politische Nachrichten.

Die Landesjustizminister sind für Anfang Februar zu einer Tagung nach Dresden zusammenberufen worden. Die Einberufung dieser Tagung ist auf Veranlassung des Reichsjustizkommissars Dr. Frank erfolgt, der auch die Besprechungen leiten wird.

Wie andere Reichsstellen beabsichtigt auch der Reichsarbeitsminister, die Verdienste seiner Beamten um die nationale Erhebung durch die dienstliche Förderung anzuerkennen. Er wird solche Beamten außer der Reihe befördern und bei dienstlicher Verwendung in erster Linie berücksichtigen, wenn die Bedingungen für die Beförderung usw. bei ihnen sonst erfüllt sind.

Beamte des amerikanischen Schatzamtes erklären, die Wertverminderung des Dollar habe die europäischen Kriegsschulden an Amerika um 40,94 Prozent vermindert.

Verbot aller monarchistischen Verbände.

Entsprechend der Anregung Görings.

Auf Grund einer Anregung des preussischen Ministerpräsidenten hat sich der Reichsminister des Innern veranlaßt gesehen, die Landesregierungen zu ersuchen, alle monarchistischen Verbände sofort aufzulösen und zu verbieten.

Die Maßnahme hätte sich erübrigt, wenn sich die Verbände der gebotenen Zurückhaltung befleißigt und auf die Pflege rein geschichtlicher Erinnerungen beschränkt hätten. Der nationalsozialistische Staat wird die historischen Verdienste großer deutscher Fürsten und preussischer Könige stets anerkennen. Er kann es aber nicht dulden, daß sich

dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung einschleichen

und den Versuch machen, sie zu einer Opposition gegen den nationalsozialistischen Staat auszubauen. Schon solche Versuche verstößen gegen Sinn und Geist des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, das die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als einzige in Deutschland bestehende Partei anerkennt hat.

Wozu noch Grenzpfähle im Reich?

Anschließend an eine Besprechung führten die Politischen Leiter des Kreises Maulbronn der NSDAP. in elf Kraftwagen an die badisch-württembergische Grenze zwischen Knittlingen und Bretten. Bald waren die beiden Grenzpfähle schwarz-rot und gelb-rot-gelb

ausgehoben.

Das Ereignis, das in Knittlingen rasch bekannt wurde, zog viele Schaulustige an.

Von dort zog man nach Enzberg vor den Toren Pforzheims, um auch hier die Grenzpfähle zu beseitigen.

Aus der inneren Aufbauarbeit der NSDAP.

Auf der Gauleitertagung in Berlin sprach der Vorsitzende des Obersten Parteigerichts, Reichsleiter Walter Buch, der in großen Zügen die Aufgaben und den Aufbau der Parteigerichtsbarkeit umriß. Er betonte dabei besonders, daß

die blutsmäßige Reinheit einer der Grundpfeiler der NSDAP.

sei. Die Stellung der Partei gegenüber der Freimaurerei sei auch heute und in Zukunft ebenso scharf und kompromißlos ablehnend wie bisher. Reichsleiter Buch ging dann ausführlich auf die Einzelaufgaben der Parteigerichtsbarkeit ein, die sich insbesondere mit Bestrafungen, Ehrenuntersuchungen und der Klärung von Streitfällen innerhalb der Parteigenossenschaft zu befassen habe.

Im Anschluß an die Worte des Reichsleiters Walter Buch nahm Rosenberg Gelegenheit kurz über die Aufgabe der geistigen weltanschaulichen Erziehung der Partei, mit deren Überwachung er vom Führer beauftragt worden ist, zu sprechen.

Als letzter Redner sprach dann der Leiter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege Dr. Groß über die Notwendigkeit wirklich nationalsozialistischer und sachkundiger Bevölkerungs- und rassenpolitischer Arbeit durch die Partei.

Das Versorgungsrecht der alten Soldaten.

Vor der Beendigung des Kriegsoffer-Versorgungsgesetzes.

Die Arbeiten am neuen Kriegsoffer-Versorgungsgesetz nähern sich ihrem Abschluß. Die mit Oberlindober, der vom Reichsminister Seidte mit der Abfassung des neuen Versorgungsgesetzes beauftragt ist, zusammenarbeitenden Kameraden haben in monatelanger Arbeit die Grundlagen der Versorgung untersucht und das Versorgungsrecht der deutschen Soldaten auf eine der Erhebung des 30. Januar würdige Basis gestellt.

Nach genauer Überprüfung des gesamten Gesetzesentwurfs wird dieser in den nächsten Wochen vom Leiter der NSDAP, Oberlindober, den zuständigen Stellen übermittelt werden.

Die getriebelte saardeckische Presse.

„Saarbrücker Abendblatt“ auf 14 Tage verboten.

Nachdem erst vor kurzem die dreitägige Verbotzeit des „Saarbrücker Abendblattes“ abgelaufen war, ist das Blatt wieder verboten worden, und zwar diesmal auf 14 Tage.

Das Blatt hatte einen Artikel gebracht, der das Landesverräterische Treiben einer gewissen Presse im Saargebiet und die französische Saarpolitik be-rührte. Im Gegensatz zu der vertraglich unantastbaren deutschen Souveränität im Saargebiet, so heißt es in dem Artikel, habe aber die französische Saarpolitik, ähnlich wie an Rhein und Ruhr, das deutsche Renegatentum gegen das angefallene Vaterland mobil gemacht. Das Blatt schreibt weiter: Auch der beste Gesetzgeber der Welt kann auf die Dauer keine Landesverräter auf eigenem Gebiet vor der Volkssache schützen. Ein Führer, der das verlangte, wäre ein toter Mann. Ein Anführer aber, der Renegaten etwa gleich oder höher berechtigt seien als die Männer des Volkes, verstoße gegen alle Gesetze menschlichen Gemeinschaftslebens. Daraus hat die Regierungskommission einen Verstoß gegen die Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe und Sicherheit konstruiert.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 3. Februar 1934.

Die Verkehrsstörungen infolge der Schneeverwehungen haben auch auf den Versand unserer Zeitung recht störend eingewirkt. Die Bände hatten am Donnerstag recht erhebliche Verspätungen, die Kraftomnibusse Markt Sauerland und Wupper-Sieg haben den Betrieb am Donnerstag und Freitag ganz eingestellt. Die Botsen konnten stellenweise die Wege nicht passieren, da die Schneeverwehungen sich zu mächtig aufgehäuft hatten. Wir bitten daher, die Verzögerung in der Zustellung der Zeitung zu entschuldigen.

Dienst am Volk.

1. Petr. 4, 10: „Dienet einander, ein jeder dem Nächsten, wie der Gabe, die er empfangen hat nach der mancherlei Gnade Gottes.“

Der 30. Januar hat der vergangenen Woche das Gepräge gegeben. Wir haben zurückgedacht und die drei Reiche gesehen: das Kaiserreich, das Zweite Reich in seiner Aneignung und Eneuerung durch die Sieger, in seiner Zersetzung und Bedrohung durch Kommunismus und Gottlosigkeit, das Dritte Reich, von dem Führer als einzige Rettung früh erkannt, in zähen Kämpfen unter blutigen Opfern vorbereitet, in wunderbarem Sieg aufgerichtet: an seiner Spitze neben dem jungen Gründer Hitler den ehrwürdigen Hindenburg, wir sehen dieses Reich am 12. November 1933 in der Abstimmung durch das ganze Volk bejahen.

Dieser Rückblick läßt uns dankbar sein gegen Gott, der uns durch das Gericht hindurch zu neuem Leben geführt hat, indem er uns den Retter gab; dankbar gegen den Mann, der bewacht als Gottes Werkzeug seine Aufgabe erfüllt.

Doch Rückblick genügt nicht. Das hat die Staatsleitung sein und tief gefaßt, indem sie anordnete: nicht Feste am 30., sondern eine Feier: die Opferfeier des Lebens. Und das weist wieder weiter: nicht bloß äußere Gaben gilt es zu geben, sondern sich selbst. Das erste ist rechtes Leben: mit allen seinen Gaben und Kräften, in aller Treue und Freudigkeit mitarbeiten am großen neuen Deutschland. Dazu ruft der Tag, das fordert der Führer und der Staat, das ist aber auch Gottes Gebot. Denn Christenglaube ist nicht etwas, was neben dem täglichen Leben für sich lebt, sondern es soll die Kraft sein, im alltäglichen Leben sich zu bewähren in den von

Dollar, Kredit und Transfer:

Wirtschaftliche Wochenschau.

Überraschend, nachdem der amerikanische Präsident die Ermächtigung erhalten hatte, den Dollar zwischen 60 und 50 Prozent seiner Goldparität, also 2,52 und 2,10 Mark statt 4,20 Mark zu bewegen, hat er den Dollar auf 59,06 Prozent der früheren Goldparität, gleich 2,49 1/2 Mark, ausstabilisiert. Als nach dem Zusammenbruch der Kreditpolitik der Banken am 19. April 1932 Roosevelt die Einföhrung der Noten in Gold verbot, sank sehr schnell der Dollar um 10 Prozent; nach der Torpedierung der Weltwirtschaftskonferenz durch Roosevelt infolge der Ablehnung eines Währungsübereinkommens zwischen Dollar und Pfund wurde der Dollar weiter nach unten gedrückt, am 15. August 1933 wertete der Dollar mit 2,15 Mark. Jetzt hat Roosevelt als absoluter Herr der amerikanischen Goldbestände bei den Bundesreservenbanken die Goldreserven beschlagnahmt, den Gegenwert in entwerteten Papierdollars geleistet und dabei für den Staat einen Gewinn von rund drei Milliarden Papierdollar gemacht, von denen zwei Milliarden als Währungsausgleichsfonds bestimmt sind, von dem ein Teil mobilisiert wird, wenn auf den internationalen Finanzmärkten die Nachfrage den Dollar nach oben treibt. Mit der neuen Stabilisierung ist etwa ein Verhältnis des Pfundes zum Dollar wie 1:5 geschaffen, während noch im Vorjahr die Engländer ein solches von 1:3,5 für angemessen hielten. Da erfahrungsgemäß das Pfund sich dem Dollar anpaßt, die jetzige Dollarstabilisierung aber unter den letzten Notierungen liegt, ist mit einer Angleichung des Pfundwertes zu rechnen. Welche Wirkung diese Stabilisierung auf die Preisentwicklung in den USA. haben wird, die durchaus nicht, besonders für Agrarprodukte, mit der Dollarentwertung parallel lief, muß abgewartet werden, jedenfalls aber hat der internationale Warenaustausch wieder so etwas wie einen stabilen Wertmesser und dadurch wird ein beruhigendes Moment in ihn hineingetragen.

Die Weltkrise ist eigentlich eine Folge der Kreditkrise gewesen, die Überproduktion konnte nicht mehr finanziert werden, da die Kaufkraft versiehl, und so setzte eine Bankenkrise ein, weil die gegebenen Kredite überall eingefroren waren und in den USA. die überschuldete Landwirtschaft, in Deutschland die Industrie nicht in der Lage gewesen sind, den Zinsen- und Kapitaldienst aufrechtzuerhalten. In Deutschland, das nach der Inflation vom Betriebskapital entblößt war, hatten wir fast 25 Milliarden Auslandskredite zu verzinsen und zu amortisieren, von denen wir, trotz der sinkenden Konjunktur, in den letzten Jahren etwas über 10 Milliarden zurückzahlten. Der zusammenschumpfende Außenhandel und der Rückgang der Beschäftigung führten zu geringeren Kreditansprüchen, und nach dem Bankrott wurde die Deutsche Reichsbank die Führerin der Kreditpolitik. Daß ein gründlicher Kreditumbau erfolgen muß und die Geldgeber nicht mehr, wie zur Zeit der Blüte der Bankdirektoren, also bis zur Juli-Krise 1931, die Wirtschaft beherrschen dürfen, entspricht der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung, denn die Kreditwirtschaft nach technischen Grundrissen ist Dienst an der Volkswirtschaft und damit am Volke, nicht umgekehrt.

Diese gewaltige Auslandsverschuldung und die Unmöglichkeit, sie aus dem immer geringer werdenden Devisenüberschuß des Ausfuhrüberschusses zu verzinsen und allmählich zu tilgen, hat zu den verringerten Transferleistungen geführt, die allerdings nur einen Teil unserer Auslandsschulden und nicht den Dienst für die Tribut- und Kautschukleihen betrafen. Auf der jetzigen Transferkonferenz ist insofern eine vorläufige Einigung mit den Gläubigern erzielt worden, als sie 30 Prozent in Devisen erhalten und die Restsumme in Scrips, die von der Golddiskontbank nicht mehr mit 50 Prozent, sondern 67 Prozent gekauft werden, so daß also im ungünstigsten Fall der Gläubiger statt 65 jetzt 76,9 Prozent seiner Forderungen erhält.

Die Preisarbeiten des deutschen Journalistenwettbewerbs „Mit Hitler in die Nacht“.

Der Leserwettbewerb.

NSK. Wir beginnen im folgenden mit dem Abdruck der im Deutschen Journalistenwettbewerb „Mit Hitler in die Nacht“ vom Preisgericht ausgewählten Arbeiten. Den Vorsitz des Preisgerichtes hatte bekanntlich Reichsminister Dr. Goebbels. Der Abdruck der fünf preisgekrönten Arbeiten erfolgt ab heute fortlaufend in beliebiger Reihenfolge ohne Kennzeichnung der erfolgten Prämierung. Die Reihenfolge der Prämierung (mit dem 1., 2., 3., 4., 5. Preis) ist nur dem Preisgericht bekannt.

Die deutschen Zeitungsleser sollen nun selbst darüber urteilen, welche der Arbeiten mit dem 1., 2., 3., 4., 5. Preis ausgezeichnet worden ist.

Für die richtige Lösung ist von Dr. Dietrich ein Preis von 1000 Mark ausgesetzt worden. Gehen mehrere richtige Lösungen ein, so wird der Preis in fünf Preise je je 200 Mark geteilt. Gehen mehr als fünf richtige Lösungen ein, so werden die fünf mit einem Preis von 200 Mark bedachten Lösungen unter Ausschluß des Rechtsweges durch das Preisgericht durch Los bestimmt.

Die Einsendungen sind bis zum 15. Februar zu richten an den

Reichsverband der Deutschen Presse
Berlin W. 35, Tiergartenstraße 10.

Jeder Einsendung muß die letzte Bezugsgutattung einer Zeitung, in der die Arbeiten veröffentlicht wurden, beigelegt werden. Einsendungen ohne ordnungsgemäße letzte Bezugsgutattung werden nicht berücksichtigt.

„Fanget an!“

NSK. Ein langgestreckter, grandioser Hof, ein Hof wie unzählige andere auch. Und doch ist dieser Hof ein besonderer Hof; denn er kann erzählen von bitterem Leid, von Glend und Sorge und von tausendfältigen Enttäuschungen. Er ist darum ein besonderer Hof, weil er nur betreten wurde mit tiefem Haß und wieder verlassen wurde mit Bitterkeit. Er kann erzählen, dieser Hof, von Stunden der Zwietracht der Brüder eines Volkes, seine hohen Häuserwände hallten wider von den gellenden Schreien verheerter Menschen, vom Wimmern und Stöhnen der Niedergeschlagenen, die politischer Rache zum Opfer fielen.

Fememord der K.P.D.

Thälmanns Vertrauter von KPD-Leuten ermordet.

Als gefährlicher Mitwisser beseitigt.

Ein zuerst nicht auflösbarer Mord, der in der Nacht zum Donnerstag in Nowawes bei Potsdam an dem Tischler Kattner verübt wurde, hat sich jetzt als ein neues Verbrechen der kommunistischen KPD herausgestellt.

Dem geheimnisvollen Verbrechen sind die Beamten der Staatspolizei Potsdam, die sofort im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt die Ermittlungen aufnahmen, auf die Spur gekommen. Schon jetzt ist festgestellt worden, daß der noch nicht gefasste Mörder des Tischlers Kattner in Verbindung mit dem noch nicht reiflos zerschlagenen kommunistischen Geheimapparat in Verbindung gestanden haben muß.

Der Ermordete war früher leitender Funktionär in der KPD und ein naher Vertrauensmann Thälmanns. Auf Grund seiner früheren Aussagen war er der Kronzeuge in dem bevorstehenden Hochverratsprozeß gegen Thälmann;

durch die Befundungen Kattners sollte erneut das Hochverratsverbrechen der Kommunisten unter Beweis gestellt werden. Von kommunistischer Seite war Kattner wiederholt aufgefordert worden, nach Rußland zu gehen. Kattner leistete diesem Befehl nicht Folge, weil er befürchtete, in Rußland ums Leben gebracht zu werden.

Nunmehr beschloß der kommunistische Geheimapparat, Kattner durch Fememord zu beseitigen. Die illegale kommunistische Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hatte die Tat durch Rundschreiben, eine sogenannte schwarze Liste, vorbereitet. In dieser schwarzen Liste wurde gegen Kattner und andere Kommunisten zu Gewalttätigkeiten aufgerufen.

Der von kommunistischer Seite verübte Fememord zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die KPD in ihren verbrecherischen Umtrieben

auch heute vor Morden nicht zurückschreckt. Der Fememord an Kattner erinnert in der Art seiner Durchführung an die Ermordung des Sturmführers Horst Wessel und ähnlicher Verbrechen. Die Ermittlungen nach dem Mörder werden von der Staatspolizeistelle Potsdam mit allem Nachdruck weitergeführt.

Wie wir nachträglich erfahren, war der Ermordete gerade im Begriff, der Polizei die Mörder der vor einigen Jahren auf dem Hilowplatz in Berlin ermordeten Polizeioffiziere Anlauf und Lent anzugeben. Mit welcher Dreistigkeit jetzt dieser kommunistische Fememord ausgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß der Mord am helllichten Tage an einer stark befahrenen Verkehrsstraße in Nowawes geschah.

Todbringender Fluchtversuch.

Vier rohe Fememordverdächtige auf der Flucht erschossen.

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen, die über den vordiehend geschilderten kommunistischen Fememord erfolgten, sollten vier kommunistische Spione funktionäre, die sich schon seit einiger Zeit in Haft befinden, über die Art der Vorbereitung des Fememordes Auskunft geben. Aus diesem Grunde wurden diese vier Kommunisten von Berlin aus zur Staatspolizeistelle Potsdam zu Gegenüberstellungen und Vernehmungen übergeführt.

Auf dem Transport sprangen sie beim Passieren des sogenannten Kilometerberges in Wannsee aus dem Kraftwagen, der infolge der Glätte sehr langsam fahren mußte und versuchten, im angrenzenden Waldgelände zu entkommen. Die Polizeibeamten nahmen sofort die Verfolgung der flüchtenden Kommunisten auf. Als diese auf mehrmalige Haltrufe nicht standen, sondern ihrerseits gegen die Beamten mit Gewalt vorzugehen versuchten, feuerten diese in ihrer Bedrängnis in pflichtgemäßem Ermessen aus ihren Dienstwaffen auf die Kommunisten, die getroffen zu Boden sanken und bald nach dem Fluchtversuch an ihren Verletzungen starben.

Ein Kriminalassistent ist durch einen von einem Kommunisten erhaltenen Faustschlag im Gesicht erheblich verletzt. Bei den Erschossenen handelt es sich um die Kommunisten John Scheer, Erich Steinfurth, Eugen Schönhair und Rudolf Schwarz.

Dollfuß-Lügen und eine Antwort.

Der Drahtlose Dienst, der Nachrichtendienst des deutschen Rundfunks, sah sich genötigt, folgende Antwort dem österreichischen Rundfunk zu erteilen:

„Der österreichische Rundfunk gibt allabendlich eine Schilderung der Lage im Reich, der gegenüber auch die längst verklungenen schlimmsten Greuelmärchen sogenannter Emigranten nur ein Kinderspiel waren. Diese Darlegungen werden vom österreichischen Bundeskommissar für Propaganda verantwortlich gezeichnet.“

Der österreichische Rundfunk versucht offenbar, den Eindruck zu erwecken, als wenn diejenigen Volksgenossen im Reich, die trotz der siegreichen ersten Etappe der Arbeitslosigkeit bis jetzt noch nicht wieder zu Arbeit und Brot kommen konnten, ihr Leben allein von den Zuwendungen der Winterhilfe fristen müßten.

Der österreichische Rundfunk unterschlägt also die Tatsache, daß die Zuwendungen dieser Hilfsaktion der deutschen Volksgemeinschaft über die gesetzlich festgelegte Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung hinaus erfolgen.

Der österreichische Rundfunk behauptet, 16 Millionen Menschen in Deutschland lebten nur von den Bettel-

pfennigen der Winterhilfe. Dem österreichischen Rundfunk sei gesagt, daß die Winterhilfe im Reich nicht etwa nur vier Millionen Arbeitslose betreut, die außerdem ihre gesetzlichen Zuwendungen erhalten. Sie betreut weiter 2,5 Millionen Kleinrentner, Invalidenrentner und viele Kurzarbeiter samt Familien, die alle von früheren deutschen Regierungen niemals auch nur einen roten Heller bekamen, weil sie nach den Grundsätzen des liberalistisch-marxistischen Systems ja irgendwelche Einkünfte besitzen und damit als versorgt galten, auch wenn sie nur trodenes Brot aßen oder Hunger litten.

Wenn diese in der Welt gänzlich beispiellose, heilige Hilfsaktion eines ganzen Volkes für die beipflichtende nach österreichischem Recht versorgten, nach deuts-

chem Volksempfinden aber immer noch notleidenden Volksgenossen zum Anlaß häßlicher Lügen genommen wird, dann ist dies gewiß kein Beispiel für christliche und soziale Gesinnung. Die tendenziösen Darstellungen des österreichischen Rundfunks sind ebensovienig ein Beweis etwa des Respektes vor den eigenen Angelegenheiten eines anderen Staates. Darüber hinaus noch recht unflut aber ist es, wenn der österreichische Rundfunk Nachrichten von angeblichen Hungerrevolten im Reich und von Aufständen verbreitet, über die alle diejenen herlich lachen, die am Ort der angeblichen Straßen-

Viele Höfe gleichen in Deutschland diesem Hof. Und doch ist wiederum gerade dieser Hof ein besonderer Hof, dieser Hof des Frankfurter Arbeitsamtes. Denn er war ausserordentlich, neues Leben, neue Hoffnung hinauszutragen in ein verzweifelteres Volk. Und dieser kleine unscheinbare Hof im Herzen der alten Reichsstadt am Main wird dereinst eingehen in die Geschichte eines neuen Reiches, wird Zeuge sein eines neuen Geistes. Sein Geburtstag ist der 23. September 1933.

In diesem Hof, eingengt zwischen hohen Häuserwänden, wurde der neue deutsche Arbeitsmensch geboren, der freie Arbeiter der Faust. Und in ihm wurde geboren der Glaube des deutschen Arbeiters an den Führer.

Das aber geschah so...

An jenem Morgen des 23. September 1933 betraten, gegen sieben Uhr morgens, siebenhundert deutsche Menschen zum letzten Male nach langen Jahren der Not diesen Hof. Sie traten an, nicht um wieder Schlange zu stehen, sondern sie traten an in zehn Gliedern, Alte und Junge, mit hoffnungsfreudig leuchtenden Gesichtern, aus denen Not und Sorge ausgelöst waren. Sie standen da im blauen Arbeitskittel, im Ehrenkleide des deutschen Arbeitsmannes. Und diese Siebenhundert hörten ein beglückendes Wort: „Ihr seid nun zum letzten Male im Hofe des Arbeitsamtes, den ihr so lange mit Erbitterung betreten habt...!“ und sie hörten voll tiefster Freude das andere Wort: „Fanget an!“

Und in siebenhundert deutschen Arbeiterherzen keimte ein Glaube...

Und zur gleichen Stunde keimte dieser Glaube in tausend anderen, einst leiderfüllten Herzen: das aber geschah in den Herzen der Frauen und Mütter der Siebenhundert, denn diese Stunde brachte wieder Brot, erworben durch ehrlicher Hände Arbeit.

Das war die Geburtsstunde des Glaubens.

Der aber wurde vertieft, als die Siebenhundert zum letzten Male durch das Tor des Hofes schritten und auf dem Börsenplatz zu Frankfurt aus der Hand des Statthalters ihr Arbeitsgerät empfingen.

Und wieder wurde ihnen das Wort gesagt: „Fanget an!“

Das Wort, auf das ein Millionenheer seit Jahren gewartet. Und sie, diese Siebenhundert, waren außersehn, die Ersten zu sein bei dem Bau eines neuen Reiches, die Ersten dieser Millionenarmee, sie sollten das Wort wahr machen. Und ihr Glaube wurde mächtig, ihre Herzen schlugen höher, als sie durch die festlich geschmück-

ten Straßen der Stadt marschierten, nach ihrem Arbeitsplatz. Sie alle wurden sich bewußt, daß auch ihnen dieses Festkleid der Straßen galt. Denn ihnen, diesen siebenhundert Menschen der Arbeit, galt der Jubel der Menschen, nicht etwa dem Arbeiter Soundso, der zufällig mitmarschierte. Nein, sie alle fühlten, daß dieser ehrliche Jubel dem Bruder im Arbeitskittel, dem deutschen Volksgenossen galt. Sie fühlten die Schranken fallen, die einstmals künstlich aufgerichtet wurden und die das Volk trennten. Dieser Marsch aber gab ihnen das stolze Gefühl der Verbundenheit wieder.

Und der Glaube an das Wort „Fanget an!“ und an das Reich wuchs, ergriß sie und wühlte sie auf: die, die da auf der Straße marschierten und die, die an der Straße standen.

Und dieser Marsch der Siebenhundert fand sein Echo im ganzen Reich. Allüberall zündete der Geist der marschierenden Arbeiter, rüttelte die Lauen auf, zeigte ihnen den Willen eines neuen Deutschland. Einem Deutschland der Arbeit, eines Deutschland einig in einem Führer.

Der Wille des Einen aber war es, der diese Siebenhundert aus dem düsteren Hof des Arbeitsamtes hinausführte in die wahre Freiheit, der sie alle wieder machte zu freien und stolzen Menschen, der ihnen den Platz wieder gab, der ihnen gebührt im Volk.

Und diese Siebenhundert verstanden den Ruf des Führers und traten vor ihn hin dort am Ufer des Mainflusses, voll Glauben an ihn und sein Werk. Sie verstanden ihn auch, als er in ihrer Sprache zu ihnen sprach: denn er war einer der Ihren, er fühlte wie sie, er dachte wie sie. Er sprach nur zu ihnen und gab ihnen den Befehl: „Fanget an!“

Und sie wurden Zeugen des Augenblicks, als sich der Spaten zum ersten Spatenstich tief in die Erde senkte; als der Führer, ihr Führer, das Zeichen gab zum „Fanget an!“ der Arbeit, einer Arbeit, die das ganze deutsche Volk erfassen sollte. Und dieses Volk verstand den Sinn dieser Tat und das Wollen des Führers.

Das Wort „Fanget an!“ wurde das Lösungswort eines ganzen Volkes, wurde das Zeichen des Sieges.

Und aus den Siebenhundert, die an jenem Morgen des 23. September 1933 voll Hoffnung und Glauben auszogen aus dem Hofe des Frankfurter Arbeitsamtes, wurden Tausende und aber Tausende, die das Wort aufgriffen, das ihnen zugerufen wurde.

Das aber war das Werden des neuen Reiches.

„Fanget an!“

Gott gegebenen Lebensordnungen: in der Familie, im Beruf, im Staat. In sie hat er uns hineingeboren werden lassen, damit wir in ihnen wirken mit den mancherlei Gaben, die er uns gegeben hat.

Diese Gaben sind bei allen verschieden. Aber es ist die gleiche Quelle, aus der sie stammen: die Gnade Gottes; und es ist der gleiche Geist, in dem wir alle sie betätigen sollen, der Geist, den uns die beiden Männer an der Spitze unseres Reiches so heilig-ernst vorleben: von Gott bin ich berufen, vor Gott bin ich verantwortlich, sein Werk will ich vollenden. Ihm will ich dienen und so arbeite ich für mein Volk!

Gott gebe uns allen den gleichen Ernst der dienenden Mitarbeit uns allen zum Segen!

Das Wetter der Woche.

Während zu Beginn der Woche im größten Teil Deutschlands trübes, veränderliches Wetter herrschte, und die Temperaturen im Flachlande fast allgemein über dem Gefrierpunkt lagen, trat Mitte der Woche ein ziemlich überraschender Wetterumschlag ein. Bei dem Durchzug eines eng umgrenzten Tiefdruckwirbels durch Deutschland kam es bei sinkenden Temperaturen zu verbreiteten Schneefällen, die teilweise auch im Flachlande recht ergiebig waren. Auch aus den deutschen Mittelgebirgen wurden stärkere Schneefälle gemeldet. Die Temperaturen gingen bei der verstärkten nächtlichen Ausstrahlung erheblich zurück. Gegen Ende der Woche verlagerte sich das Hochdruckgebiet, das zuvor über Westeuropa lag, nach Osten. Infolgedessen haben wir auch für die nächsten Tage mit vorwiegend heiterem Wetter und bei östlichen Winden mit noch etwas verstärktem Frost zu rechnen. In den Tagesstunden werden allerdings die Temperaturen ziemlich stark ansteigen, da die Wirkung der Sonne sich jetzt schon wieder wesentlich kräftiger bemerkbar macht. Ob allerdings die jetzige Wetterlage länger anhalten wird, erscheint mehr als fraglich. Vielmehr muß man annehmen, daß das Hochdruckgebiet sehr bald nach Südosteuropa abgedrängt wird, so daß wir dann wieder in den Bereich milderer südwestlicher Luftströmungen kommen werden.

* **Stadtheater Hagen.** Der Rosenkavalier. Die diesjährige Erstaufführung dieser musikalischen Komödie von Richard Strauss stellte an das Opernensemble eine besondere Aufgabe, die aber hervorragend gelöst wurde. Hoffmannsthal's Dichtung bringt hier unter Humor und Lyrik ein Stückchen Liebesleben der Maria-Theresia-Zeit in eine reizend pointierte Fassung. Das Motiv der Ueberreichung einer silbernen Rose vom Brautwerber für den Bräutigam, der eitel wie ein Paß, zurückgestoßen wird, und der Rosenkavalier, süß wie ein Sopran, zuletzt an seine Stelle tritt, ist Musik. Auch alle übrigen verdächtigen und unverdächtigen Gestalten des lustigen Werkes sind Musik. Sie gibt der populären Oper eine klangreiche Wirkung, die kaum noch zu übertreffen ist. Strauss hat sich noch nie einem Stück so hingebend in die Arme geworfen. Hier ist Musik von wärmster, tiefster Innigkeit und Schönheit. Das Orchester unter Leitung von Richard Kohn wußte größte Klangreinheit und Instrumentenwirksamkeit zu erzielen, doch wäre wohl etwas Zurückhaltung bei den Gefängen am Platze gewesen. Das Musikalische gina Hand in Hand mit dem Szenischen, dem Intendant Bender eine charakteristische Auslegung sicherte. Sämtliche Mitwirkende gaben dabei ihr Bestes, sodaß die Aufführung einen seltenen Grad von Geschlossenheit erreichte und von den zahlreichen Besuchern recht beifällig aufgenommen wurde.

Halver

—) Der Skisport in Halver. Das herrliche Winterwetter hat uns eine Schneelandschaft gebracht, wie wir sie besser nicht wünschen können. Alles huldigt dem weißen Sport. Reges Leben herrscht an allen Übungshängen, so am Kollenberg, Hölzchen, Ringelweide usw. Die Bäume sind auf den Weiden umgelegt, sodaß eine freie Abfahrt möglich ist. Der hiesige Skiklub hatte für den geistigen Abend einige Mitglieder in das Hotel zur Post geladen, um über die Veranstaltung am morgigen Sonntag zu beraten. Es ist in Aussicht genommen ein Übungswettlauf in 4 Klassen, beginnend mit der Altersklasse von 10 Jahren, abzuhalten. Später soll an der Sprungschanze ein Übungsspringen stattfinden. — Die gezeichneten Skilwege laden zu Wanderungen ein. Sie führen nach allen Richtungen durch unsere Gemeinde, steile Hänge sind an all diesen Wegen vorhanden. Darum hinaus in die herrliche Winterlandschaft!

—) Die Generalversammlung der Nachbarschaft Halver wurde gestern Abend im Lokal Beckmann abgehalten. Der Vorsitzende Albert Buchmann eröffnete die Versamm-

lung und begrüßte den zweiten Ortsgruppenleiter der NSDAP, Max Steller. Vorsitzender gab bekannt, daß die Gleichschaltung in der Nachbarschaft vorgenommen werde und demnach der Vorstand zurückgetreten sei. Albert Buchmann wurde als Führer der Nachbarschaft Halver im Vor-schlag gebracht. Genannter ist vom Vertreter der NSDAP beauftragt. Der Führer ernannte zu seinen Mitarbeitern in der Leitung die bisherigen Vorstandsmitglieder. Geschäftsführer Walter Lemmer gab den Jahres- und Kassenbericht. In zwei Vorstandssitzungen sind in dem vergangenen Jahr die Angelegenheiten der Nachbarschaft besprochen worden. Ende des Jahres 1932 waren 872 Mitglieder; neu aufgenommen wurden 48 durch Tod schieden aus 18, ausgetreten 7, durch Nichtzahlung der Beiträge schieden aus 6. Mitgliederstand Ende 1933 = 889. Den Beitragsatz von 3.— RM zahlen 674; 2 RM = 111; 1 RM = 104 Mitglieder. Hinzu kommen noch als Mitberühmte 490 Ehefrauen und 401 Kinder. 24 Sterbefälle waren zu verzeichnen: 12 männliche, 6 weibliche, 5 Ehefrauen und 1 Kind. Der Kassenbericht ergab folgendes Bild: Einnahmen 4699 RM; Ausgaben 3555 RM. Kassenbestand 1143 RM. Inklusive Sparkassenguthaben beläuft sich das Gesamtvermögen auf 8174 RM. An Sterbegehalt sind 3050 RM gezahlt worden. Die Kasse war von Emil Fernholz und Ernst Freilich geprüft und richtig befunden. Die beantragte Entlastung des Kassierers wurde ausgesprochen. Der ermäßigte Beitragsatz wird beibehalten. Er beträgt für Verheiratete und Ledige über 24 Jahre 3.— RM pro Jahr, Ledige von 17—24 Jahren 2.— RM, Witwen 1.— RM. — Unter Verschiedenes kam noch das Leichenfahren zur Sprache. Die Versammlung gab es dem Vorstande anheim betr. anteilmäßiger Benutzung der Leichenwagen bei Beerdigung verstorbener Mitglieder, eine Aussprache zu halten um evtl. andere Regelung durch Statutenänderung zu treffen. In der nächsten Generalversammlung soll dann darüber ein Beschluß herbeigeführt werden. Nach Erledigung einiger weiterer interner Angelegenheiten der Nachbarschaft schloß gegen 9.30 Uhr der Führer Albert Buchmann die Versammlung.

Breckerfeld

—) Der Skisport kommt auch in unserm Bergstädtchen zu Ehren. Allenthalben sieht man Groß und Klein auf den Brettern. Für Sonntag erwartet man großen Besuch aus den Nachbarkäften.

—) Unglücksfälle durch den starken Schneeeis! An der Deiche kam ein Milchlastwagen ins Rutschen und landete vor einem Bordstein. Das Fuhrwerk eines Butterhändlers geriet auf der Epischeider Straße in eine tiefe Schneelage und konnte nur mit Hilfe beherzter Männer befreit werden. Die Straße ist unbefahrbar. Die Hagerer Vorortbahn blieb zwischen Steherberg und Oberbauer im Schnee stecken, der Verkehr mußte eingestellt werden. Die Schulkinder, welche ihren Wohnsitz in Dahlebrück, Altenbreckerfeld und Umgegend haben, konnten die Schule nicht besuchen, da in den Außenbezirken der Schnee meterhoch liegt.

—) Ein schulpflichtiger Junge hing sich mit seinem Rodelschlitten hinter einen Lastwagen. Durch die schnelle Fahrt wurde der Junge abgeworfen und erheblich verletzt. — Bei Landwehr-Dreie landete ein Personenzug, der ohne Ketten fuhr, im Straßengraben. Ein Telefonmast wurde gestreift, wodurch der Wagen beschädigt und abgeschleppt werden mußte.

—) Wegen der damit verbundenen Gefahr ist das Rodeln an den öffentlichen Verkehrsstraßen polizeilich verboten.

Priori. Gegen einen Baum. Ein Lastkraftwagen aus Dahlebrück fuhr am Mittwochnachmittag auf der Voimestraße an der Reibede gegen einen Straßenbaum. Auf der glatten Asphaltstraße kam der volgeladene Anhänger ins Rutschen. Der Anhänger rutschte in den Straßengraben und der Motorwagen fuhr gegen einen dicken Baum. Dank der Geistesgegenwart des Führers ramnte sich der Wagen mit vermindelter Wucht an dem Baum fest. Glücklicherweise waren in Kürze genügend hilfsbereite Leute zur Stelle, die Motorwagen und Anhänger nach mühevoller Arbeit wieder auf die Fahrbahn brachten. Der verunglückte Wagen verperrte die Straße, so daß für einige Zeit der Verkehr auf der Voimestraße stockte.

Dahlebrück

—) Der Mittwoch hier wütende Schneesturm entwurzelte am Reeswinkler Hang, gegenüber dem Holthausischen Hammer gerade in dem Augenblick eine hohe Tanne, als ein Zug des Arbeitsdienstes über die verschneite Gäßstraße zog. Glücklicherweise wurde keiner verletzt. Die Tanne, welche die Lichtleitung durchschlagen hatte, wurde von den Arbeitsdienstlern sofort aus dem Wege geräumt, so daß der Verkehr keine Störung erlitt.

Kierspe

—) Am 22. Dpfertag wurden hier rund 170 RM für das Winterhilfswerk gesammelt.

pn. Doerde. Sanitätsrat Dr. Schuppert einem Schlaganfall erlegen. Ein Schlaganfall setzte dem Leben des beliebten Sanitätsrats Dr. Schuppert ein Ende. Trotzdem sich der Verstorbenen einige Tage nicht ganz wohl fühlte, hatte doch niemand mit seinem so plötzlichen Tode gerechnet.

pn. Herlohn. SA Standarte 259 spielt für den Westdeutschen Rundfunk. Der Musikzug der Herlochner SA-Standard 259 hat vom Westdeutschen Rundfunk den Auftrag erhalten, am Sonntag, dem 4. Februar für den Westdeutschen Rundfunk ein Mittagskonzert auszuführen. Das Konzert ist gleichzeitig als öffentliche Veranstaltung gedacht und findet in der Neuen Halle der „Alexanderhöhe“ statt, von wo aus auch die Uebertragung geschieht. Es ist dies bestimmt eine ehrenvolle Anerkennung der Leistungen der Kapelle und ein Anreiz zu weiterem Schaffen für ihren Leiter, Musikzugführer Willi Schmidt.

Nabeneltern ins Konzentrationslager.

Die Leiden eines Kindes.

Nach unmenschlicher Behandlung und grausamer körperlicher Mißhandlung ihres sieben Jahre alten Sohnes wurden in Hamm der erheblich vorbestrafte Bergmann Josef Schneider und seine Ehefrau festgenommen. Der durch Mißhandlungen übel zugerichtete Junge ist in einem Waisenhaus untergebracht worden. Den Eheleuten Schneider ist der Junge bereits vor vier Wochen nach schweren Mißhandlungen genommen und ärztlich untersucht worden. Er hatte damals erhebliche, von Stockschlägen herrührende Verletzungen am ganzen Körper. In der Annahme, daß die Eheleute ihr rohes Verhalten dem Kinde gegenüber ändern würden, wurde es ihnen später wiedergegeben. Am 28. Januar nachmittags hörten Bewohner das Kind kläglich wimmern. Sie fanden die Wohnung verschlossen. Nachdem sie geöffnet worden war, bot sich ihnen ein jammervolles Bild. In einem besonderen, mit Gerümpel angefüllten Raum lag an der Erde auf einer auseinandergerissenen alten Matratze, nur mit einer dünnen Hose ohne Hemd und sonstige Kleidung, der wimmernde Junge. Seine Hände waren vor Kälte steif. Seine Arme, Rücken und Gesicht waren mit blutunterlaufenen Verletzungen versehen. Er gab an, daß er von seinen Eltern geschlagen und ohne Essen in das Zimmer gesperrt worden sei. Seit zwei Tagen habe er nichts mehr zum Essen erhalten. Als mitleidige Nachbarn ihm Essen gaben, verschlang er es mit Gier, ein Beweis für sein langes Hungern. Ferner wurde festgestellt, daß in den vergangenen kalten Tagen die Nachbarn haben es aber noch rechtzeitig verhindern können. Die Nabeneltern sind in Schutzhaft genommen worden und werden in ein Konzentrationslager übergeführt.

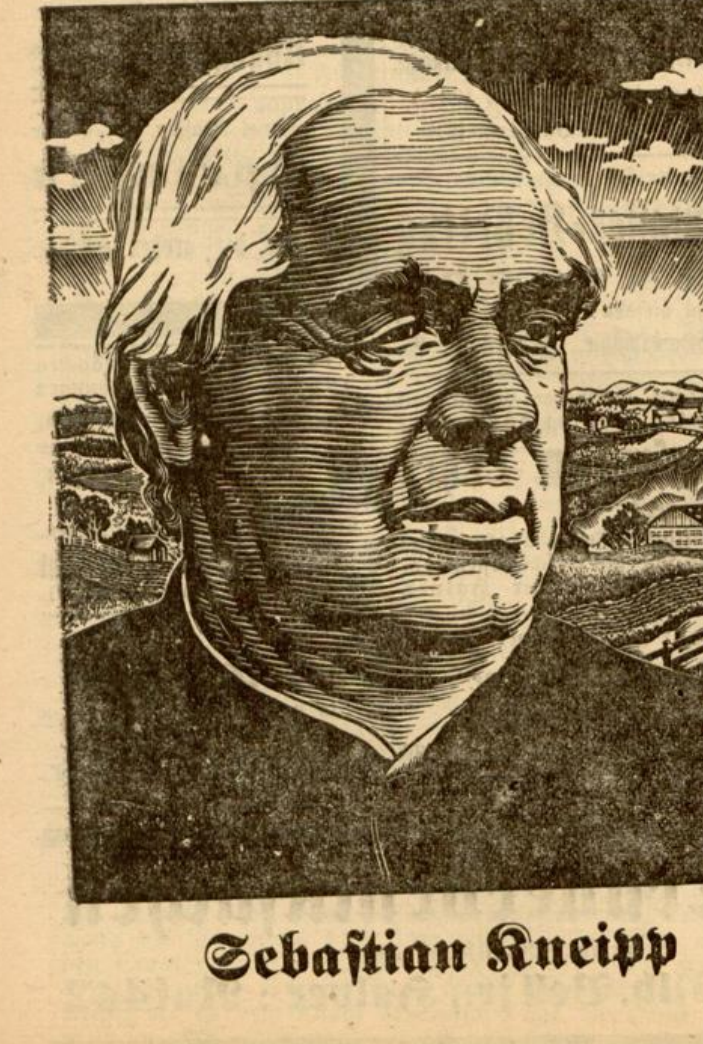
Was man noch wissen muß.

Hindenburg empfing die ausländischen Reiteroffiziere. Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing in Gegenwart des Inspektors der Kavallerie, Generalleutnant Knochenhauer, die aus Anlaß des Internationalen Reitturniers in Berlin anwesenden fremdländischen Offiziere. Nach einer kurzen allgemeinen Begrüßung ließ er sich die Herren einzeln vorstellen.

Zur Einkommensteuererklärung für 1933. Berlin. Die Steuerpflichtigen haben in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1934 ihre Einkommensteuererklärung für die im Kalenderjahr 1933 endenden Steuerabschnitte abzugeben. Bei der Veranlagung des Einkommens 1933 werden zum erstenmal die Steuervergünstigungen berücksichtigt, die im Rahmen des Kampfes um die Verminderung der Arbeitslosigkeit gewährt werden.

Die Dienststelle des Führers der SA. I aufgehoben. Berlin. Das Stahlhelm-Bundesamt teilt mit: Gemäß Verfügung der Obersten SA-Führerschaft ist auf Grund der angeordneten Verschmelzung der SA. I mit der SA. die Dienststelle des Führers der SA. I aufgehoben worden. Der Stabschef Röhm hat Oberstlandesführer von Siephani seinen Dank und seine Anerkennung für die bis dahin geleisteten Dienste ausgesprochen und ihn zur Verfügung der Obersten SA-Führerschaft gestellt. Oberstlandesführer von Siephani hat gleichzeitig sein Amt als Bundeshauptmann im Stahlhelm, B. d. F. niedergelegt.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf. Hauptschriftleiter: Wilhelm Bell, Stellvertreter: Robert Bell, für Anzeigen: Robert Bell; beide in Halver. D.A. XII 33: 1780



Sebastian Kneipp

Kneipp wußte, worauf es ankommt!

In der Stille der Studierstube kostete er immer wieder, wochenlang, und gar bedächtig, wie es seine Art war.

Als er dann, am 2. Juli 1896, mit seinem Namen für den Kathreiner eintrat, da konnte man sicher sein: Hier ist das Kaffeegetränk, wie es sein soll, bekömmlich, billig und — wohlschmeckend. Und darauf gerade kommt es an! Das wußte Kneipp, der große Menschenkenner.

Kneipps Bild auf jedem Kathreinerpaket: eine bessere Bürgschaft gibt es nicht!



Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Heute nachmittag 2¹/₂ Uhr entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Ww. Hermann Steller

Mathilde geb. Kerspe

im 84. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver-Eichholz, Haspe, Oeckinghausen, den 2. Febr. 34.

Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Sterbeause Eichholz 4, aus statt. — Kranzspenden waren nicht im Sinne der Entschlafenen. — Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.



Heute mittag um 1 Uhr ist im Sankt Josefs Hospital in Wipperfurth nach einem kurzen und schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter und treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel,

der Bauer

Friedrich Wilhelm Gogarten

im 74. Jahre seines arbeitsreichen Lebens heimgegangen.

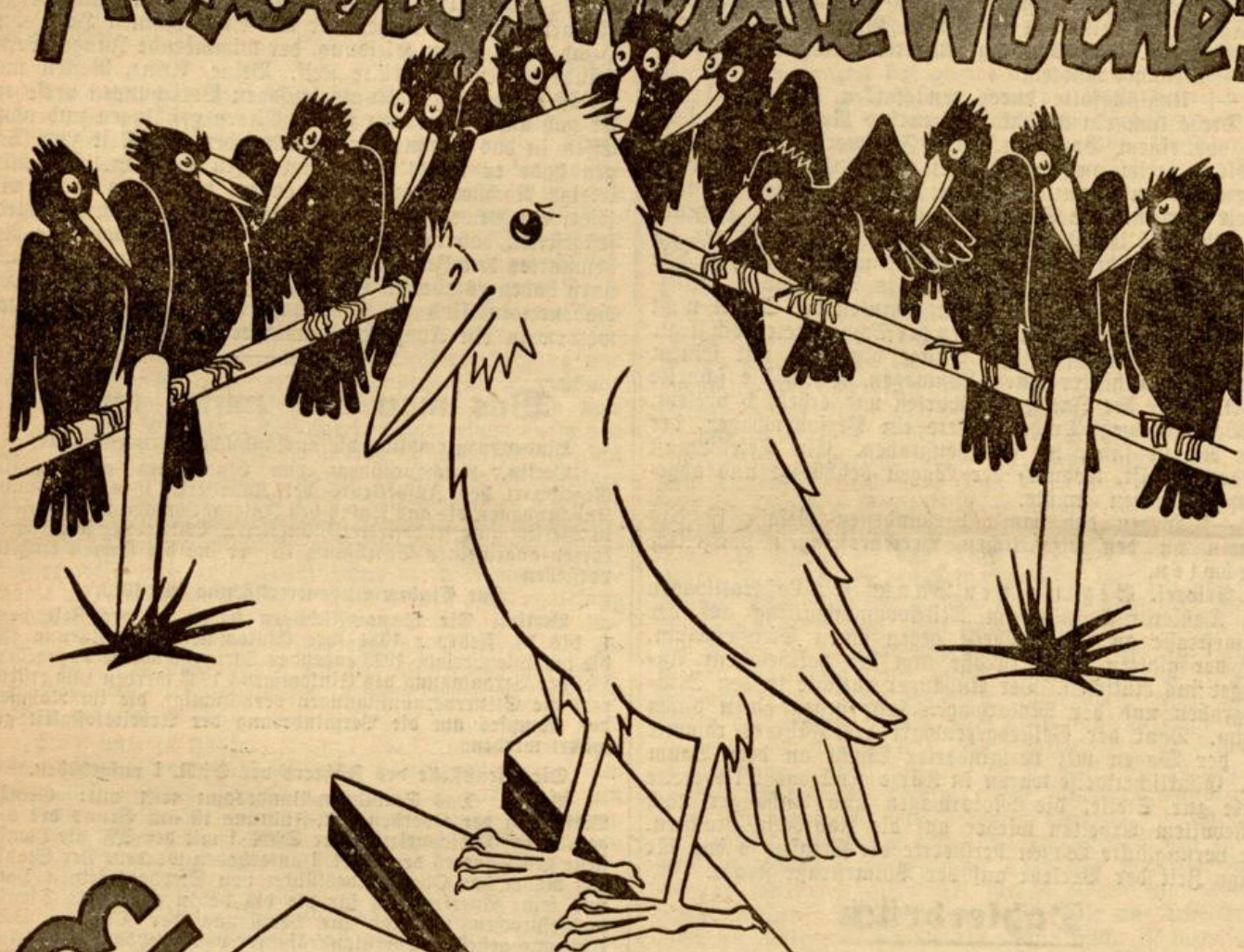
Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Haarhausen, Rösahl, Lüdenscheid, den 2. Februar 1934.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. Februar, nachm. 3¹/₂ Uhr von Haarhausen aus statt.

Alsberg's Weiße Woche:



Ein weisser Rabe

Ungewohnt wie ein weißer Rabe, so ungewohnt ist in diesem Jahre unsere

WEISSE WOCH

in Bezug auf Qualität, Preiswürdigkeit und Auswahl

Beginn: Montag, den 5. Febr. 1934

ALSBERG
LÜDENSCHIED

Familien-Nachrichten.

Geburten:

Brunhilde Mähoff, Brügge. — Ruth Anna Gaußrein, Meinerzhagen. — Elisabeth Groß, Meinerzhagen. — 1 Sohn, Herm. Sommer und Frau, Anna geb. Weigel, Halver. — 1 Tochter, Otto Hugo Draut und Frau A. geb. Nide, Oberbüschhausen.

Vermählte:

Walter Boeste, Kierspe und Elise Wiemann, Meinerzhagen. — Karl Erich Heinert und Maria Röder in Halver.

Julius Haase und Lina Plate, Schöneberge. — Walter Fritzen und Elise Fritzen, Eibringhausen b. Kierspe.

Verstorben:

Hermann Halberscheid, Halberscheid, 62 J. alt. — Ww. Emma Goseberg, geb. Markus, Schalksmühle, 84 J. alt. — Robert Wedder, Meinerzhagen, 67 J. alt. — Frau August Frede, Margarethe geb. Kuhl, Halver, 70 J. alt. — Friedr. Wilhelm Gogarten, Haarhausen bei Rönnsahl, 73 J. alt. — Ww. Hermann Steller, Mathilde geb. Kierspe, Halver-Eichholz, 83 J. alt.

Rektoratschule Schalksmühle (gegr. 1889)
(Sexta bis einschl. Obertertia)

ANMELDUNG

zur Osteraufnahme erfolgt durch Anmelde-schein, der von dem Unterzeichneten anzufordern ist. Tag der Aufnahme wird noch mitgeteilt.

Der Rektor: J. W. Rittinghaus, Konraktor.

Aufruf!

Bisher stand der Kreis Altena im Kampfe gegen Hunger und Kälte bei den Sammlungen am Eintopfsontag relativ an der Spitze sämtlicher Kreise des Gaues. Diese Feststellung wird jeden Bewohner des Kreises mit berechtigtem Stolz erfüllen. Und doch genügt das Ergebnis bei weitem nicht, um alle Not so zu lindern, wie es der Führer will.

In steter Aufwärtsentwicklung haben sich die Ergebnisse der Sammlungen gesteigert.

Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben; denn Stillstand ist Rückschritt.

Die Aufwärtsentwicklung soll und muß so weitergehen, daß wir bei der Generalabrechnung nicht nur unter den ersten Kreisen des Gaues, sondern unter den ersten des ganzen Reiches sind.

Und im opferfreudigsten Kreise die opferfreudigste Gemeinde zu sein, das ist die höchste Ehre im national-sozialistischen Staate, und die Ehre des Kreises und der Gemeinde ist die Ehre jedes Bauern und Bürgers.

Wenn am kommenden Sonntag die nimmermüden Sammler wieder von Haus zu Haus gehen, dann gebe jeder, dem der Groschen wirklich zuviel wird, 5 Pf. mehr als am letzten Eintopfsontag.

Alle ändern aber, die noch ihr gutes Auskommen haben, sollten endlich begriffen haben, daß die früher angeführten Sätze Mindestsätze sind. Sie verdoppeln ihre Gabe oder geben ein Vielfaches ihrer letzten Eintopfspende.

Wir opfern! Nicht, weil wir müssen aus hündischem Gehorjam heraus.

Wir opfern, weil wir wollen!

Als freie Männer und Frauen für ein freies Reich! Das sei unser Dank an den Führer.

Altena, den 1. Februar 1934.

Konrad,
Kreiswarter der NS.D.

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag, d. 6. ds. Mts., nachm. 3 Uhr bei G. Schw. Fasbender, in Halver und ab 4 Uhr nachmittags in der Gastwirtschaft Hoesfeld in Schalksmühle, Halverstraße.

Halver, den 2. Februar 1934.

Der Bürgermeister.

Fabrik:
Schlosser-Lehrling
gesucht.

Zu melden:
Schalksmühle, Häverstraße 65.

Sohn, achtbarer Eltern mit guter Schulbildung in die
kaufmänn. Lehre
gesucht.

Schriftliche Bewerbungen unter E 316 an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeiger Halver.

Sehr gut erhaltenes
Markenklavier
billig zu verkaufen.

Anfragen unter E. H. 14 an den Allgemein. Anzeiger Halver.

Skiklub Halver.

Sonntag, d. 4. Februar,
nachm. 2 Uhr beginnend
am Kollenberg

Übungs-Wettläufe

in 4 Klassen. ¹/₂ 4 Uhr

Springen

an der großen Schanze.

Erhalte in den nächsten Tagen einige Wagonladungen
Roagenstroh, Weizenstroh, Saferfütterstroh, Munkelrüben, Thomasmehl, Raint, Kalifalz.
Bestellungen nehme entgegen.
E. Zimmermann Opl.-Rönnsahl
Telefon Amt Rönnsahl Nr. 211.

Neue
Gesangbücher
in verschiedenen Preislagen
Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

Trauerdruckfachen

fertigt schnellstens an

Wilh. Bell jr., Halver : Ruf 442